Georgiens wiederbelebter Russlandkanal und das Risiko bilateralen Verhandelns

Von Teona Akubardia, CDGR

Am 21. Oktober 2026 ernannte Ministerpräsident Irakli Kobachidse den Ersten Stellvertretenden Außenminister Giorgi Surabaschwili zu seinem Sonderbeauftragten für die Beziehungen zu Russland. Der Posten war seit Dezember 2025 unbesetzt. Surabaschwili behält seinen Ministerrang, womit der bilaterale Kanal innerhalb des Außenministeriums angesiedelt ist und nicht daneben. Kobachidse nannte die friedliche Beilegung des Konflikts mit Russland als Priorität, neben Handels- und humanitären Fragen, und erklärte, das Genfer Format werde fortgeführt.

Die Ernennung ist mehr als eine Personalentscheidung. Die friedliche Konfliktbeilegung war bislang Sache der Internationalen Genfer Gespräche, in denen EU, VN und OSZE den gemeinsamen Vorsitz führen und in denen Russlands Verpflichtungen aus dem Waffenstillstandsabkommen von 2008 auf dem Tisch bleiben. Sie in einen direkten Kanal mit Moskau zu verlagern, hieße, diese Garantien preiszugeben. Georgien verhandelte dann allein mit einem Staat, der über erdrückende militärische, wirtschaftliche und diplomatische Hebel verfügt, und dies in einem Moment, in dem seine Partnerschaften mit der EU und den Vereinigten Staaten bereits ausgehöhlt sind. Die Frage ist nicht, ob Tbilissi mit Moskau sprechen sollte. Sie lautet, unter welchen institutionellen Bedingungen.

1. WAS GESCHEHEN IST

Der nun wiederbelebte Kanal stammt aus dem Spätjahr 2012. Das Format Abaschidse–Karassin, nach dem Tagungsort auch Prager Format genannt, gab Georgien und Russland nach dem Krieg von 2008 und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen eine direkte Verbindung. Seine Tagesordnung umfasste Handel, Verkehr sowie wirtschaftliche und humanitäre Fragen. Sicherheitsfragen und die humanitären Folgen des Krieges blieben formal den Genfer Gesprächen vorbehalten.

Die technische Rahmung hat die Zweifel daran nie ausgeräumt. Im Februar 2023 wurde die Aufnahme eines Telefongesprächs vom Juni 2022 zwischen Surab Abaschidse und Grigori Karassin veröffentlicht – bis 2019 russischer Vizeaußenminister, zum Zeitpunkt des Gesprächs Ausschussvorsitzender im Föderationsrat. Die beiden erörterten einen Verkehrskorridor zwischen Russland und Georgien, darunter eine Route, die Karassin „links von Südossetien" verortete, sowie die russische Bereitschaft, die Zufahrtsinfrastruktur dafür zu errichten. Ein als technisch beschriebener Kanal befasste sich mit einem Vorhaben von eindeutig geopolitischem Gewicht.[1]

Abaschidse wurde im März 2024 durch Giorgi Kadschaia ersetzt. Danach blieb der Posten von Dezember 2025 bis Oktober 2026 unbesetzt.

Kobachidse benannte drei Prioritäten für den neuen Beauftragten: die friedliche Beilegung des Konflikts, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie einen ständigen humanitären Dialog. Ob das Mandat die Konfliktbeilegung nunmehr förmlich einschließt, sagte er nicht; er erklärte, Genf werde neben dem bilateralen Kanal fortbestehen.[2]

Zwei Lesarten sind möglich. Entweder stellt Tbilissi einen Mechanismus zur Abwicklung praktischer Geschäfte mit Moskau wieder her, oder es baut einen politischen Kanal für Verhandlungen auf, die bislang über ein internationales Forum liefen. Welche von beiden zutrifft, hat die Regierung nicht gesagt.

Russlands Interesse an der Konnektivität im Südkaukasus verleiht dem Kanal zusätzliches Gewicht. Der Präzedenzfall ist das Abkommen von 2011 über die Zollverwaltung und die Überwachung des Warenhandels, das unter Schweizer Vermittlung im Zuge des russischen WTO-Beitritts ausgehandelt wurde. Es richtete eine Überwachung für drei Handelskorridore ein. Karassin las dessen Bestimmungen später so, als definierten sie Georgiens Zollgrenzen bei Sugdidi und Gori, was bedeuten würde, dass Abchasien und die Region Zchinwali eigenständige Einheiten wären. Der Text tut weder das eine noch das andere. Er erwähnt die besetzten Gebiete nicht, und er definiert Georgiens Zollgebiet nicht entlang ihrer Verwaltungsgrenzen. Georgiens Anspruch auf Hoheitsgewalt über sein anerkanntes Staatsgebiet hat das Abkommen überdauert.[3]

Moskaus gegenwärtiges Interesse reicht über den Grenzübergang Lars hinaus. Bereits das Gespräch von 2022 drehte sich um Alternativrouten. Im Februar 2026 erklärte der russische Vizeministerpräsident Alexei Owertschuk, Moskau erwäge die Wiederherstellung der Eisenbahnverbindung mit Georgien über das besetzte Abchasien. Die Georgische Eisenbahn entgegnete, auf ihrer Seite werde ein solches Vorhaben nicht geprüft.[4]

Eisenbahnverbindungen durch das besetzte Abchasien würfen Fragen auf, die eine technische Tagesordnung nicht tragen kann: Wer verwaltet den Zoll, welche Vorschriften gelten, unter wessen Hoheitsgewalt verläuft die Strecke? Ohne schriftliche Antworten darauf würden wiederhergestellte Verbindungen die russische Kontrolle über das Gebiet normalisieren und eine weitere Schicht wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit hinzufügen.

Das zweite Risiko betrifft die Internationalen Genfer Gespräche selbst. Moskau hat Genf als Tagungsort in Frage gestellt und auf eine Verlegung gedrängt, Minsk unter den Optionen, im Einklang mit seinem umfassenderen Interesse, westliche Beteiligung zurückzudrängen. Vertreter des Georgischen Traums haben das Format als wirkungslos bezeichnet. Seine dürftige Bilanz hat eine andere Ursache: Russland hat die Verpflichtungen nicht erfüllt, die es im Waffenstillstandsabkommen von 2008 eingegangen ist. Genf bleibt gleichwohl das einzige internationale Forum unter dem gemeinsamen Vorsitz von EU, VN und OSZE, in dem der Abzug der russischen Truppen, der Gewaltverzicht und die Rückkehr der Vertriebenen auf der Tagesordnung stehen.

Drei Unterschiede trennen die beiden Formate. Genf hält Russlands Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand im Zentrum, während eine bilaterale Schiene es Moskau erlaubt, den Konflikt als Streit zwischen Tbilissi und den Behörden in Suchumi und Zchinwali umzudeuten. Genf hält westliche Akteure im Raum, während ein erweitertes Prager Format sie gerade in dem Moment hinausdrängen würde, in dem Georgiens Verhandlungsmacht am geringsten ist. Und Genf hält Russland an Zusagen fest, die es bereits gegeben hat, während eine bilaterale Schiene Georgien Moskaus ständigen Forderungen nach Gewaltverzichtsabkommen mit den besetzten Gebieten und nach einer Festlegung sogenannter Grenzen aussetzt, ohne die Besetzung selbst in Frage zu stellen.

Genf zu schwächen würde den Konflikt nicht lösen. Es würde den Mechanismus beseitigen, über den Georgien seine Position verteidigt.

Das dritte Risiko ist innenpolitisch. Führende Vertreter des Georgischen Traums schreiben die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges vom August 2008 zunehmend der früheren georgischen Regierung zu. Das ist nicht allein Parteienwettbewerb. Moskau argumentiert seit Jahren, der Krieg sei eine Folge georgischer Aggression gewesen – ein Argument, das die eigene militärische Intervention, die Anerkennung der besetzten Gebiete und die fortdauernde Militärpräsenz aus dem Blick rückt.

Die Umdeutung ist von der Rhetorik in das Verfahren übergegangen, über die parlamentarische Untersuchung und über die Verwendung des Krieges von 2008 im Verfassungsverfahren gegen Oppositionsparteien.

Die internationalen Feststellungen weisen in die andere Richtung. In seinem Urteil der Großen Kammer in der Rechtssache *Georgien gegen Russland (II)* vom 21. Januar 2021 stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die effektive Kontrolle Russlands über Abchasien, Südossetien und die Pufferzone nach dem Ende der aktiven Kampfhandlungen fest und erklärte Russland für die Verletzungen verantwortlich, die während

der anschließenden Besetzung begangen wurden.[5] Ein innenpolitisches Urteil über eine frühere Regierung kann diese Feststellungen nicht aufheben und Russlands Verpflichtungen nicht beseitigen.

Die Gefahr liegt in der Kombination. Ein staatliches Narrativ, das Verantwortung nach Tbilissi verschiebt, bestärkt Moskaus Darstellung des Krieges. Ein erweiterter bilateraler Kanal verschafft Moskau das Forum, in dem es seine Forderungen vorbringen kann. Zusammen geben sie Russland einen Hebel in die Hand, um den es sich seit Jahren bemüht.

3. WORAUF ZU ACHTEN IST

Vier Entwicklungen werden zeigen, welchen Weg die Regierung eingeschlagen hat. Die erste ist das Mandat und die Frage, ob Surabaschwili bei praktischen Fragen bleibt oder förmlich mit politischen Verhandlungen über die besetzten Gebiete betraut wird. Die zweite ist Genf und die Frage, ob Georgien die zentrale Rolle des Formats und seine internationalen Ko-Vorsitzenden verteidigt oder zulässt, dass die bilaterale Schiene es aushöhlt. Die dritte ist der Verkehr und die Frage, wie Tbilissi auf russische Vorschläge für Eisenbahnverbindungen durch das besetzte Abchasien und für Alternativkorridore antwortet. Die vierte ist die innenpolitische Schiene und die Frage, ob sich die Darstellung des Krieges von 2008 durch die Regierung zu institutionellen oder rechtlichen Entscheidungen verfestigt, die Georgiens Position nach außen schwächen.

Der Zeitpunkt ist von Bedeutung. Georgiens Entfremdung von seinen westlichen Partnern fällt mit einem russischen Vorstoß zusammen, den Einfluss im Südkaukasus über politischen Druck, wirtschaftliche Konnektivität und Forderungen nach einer neuen regionalen Sicherheitsordnung zu festigen. Ein unter diesen Bedingungen errichteter Kanal beginnt nicht auf gleicher Augenhöhe.

Wird das Prager Format zum Ersatz für international vermittelte Verhandlungen, und höhlt die Innenpolitik Georgiens eigene Position zu 2008 weiter aus, tritt das Land in eine Phase asymmetrischen Verhandelns mit Moskau ein. Das ist das Ergebnis, auf das Russland seit Jahren hinarbeitet. Es nimmt den Konflikt von der internationalen Tagesordnung der Besetzung und der Waffenstillstandsverpflichtungen und trägt ihn an einen Tisch, an dem Moskau jeden Vorteil hat.

ANMERKUNGEN

1 „ახალი გზა სამხრეთ ოსეთიდან მარცხნივ და ტანგო ორისთვის — რას და როგორ განიხილავენ აბაშიძე და კარასინი" [Ein neuer Weg links von Südossetien und ein Tango zu zweit. Was Abaschidse und Karassin besprechen, und wie], *Radio Tavisupleba*, 2. Februar 2023, https://www.radiotavisupleba.ge/a/32253037.html.

2 „First Deputy FM Zurabashvili Becomes Prime Minister's Special Representative for Relations With Russia", *Civil Georgia*, 21. Oktober 2026, https://civil.ge/archives/755468.

3 Mariam Grigalashvili und Levan Kakishvili, „ქართულ-რუსული შეთანხმების რუსული ინტერპრეტაცია და რეალური ფაქტები: სად ცდება კარასინი?" [Die russische Auslegung des georgisch-russischen Abkommens und die tatsächlichen Fakten. Wo Karassin irrt], *Netgazeti*, 8. Februar 2018, https://netgazeti.ge/news/251126/.

4 „Russia Considers Restoring Rail Links with Georgia via Abkhazia", *Civil Georgia*, 13. Februar 2026, https://civil.ge/archives/721232.

5 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, *Georgien gegen Russland (II)* [GK], Individualbeschwerde Nr. 38263/08, Urteil vom 21. Januar 2021, https://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-207757.

LIZENZ Soweit nicht anders angegeben, steht diese Ausgabe unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0). Als solches gekennzeichnetes Material Dritter ist ausgenommen.

HAFTUNGSAUSSCHLUSS Die geäußerten Auffassungen sind die der Autorin und geben keine Position des CDGR oder eines Förderers wieder. Orts- und Gebietsbezeichnungen folgen den behandelten Quellen und implizieren keine Positionierung zum Status.

HERAUSGEBER Center for Democracy, Geopolitics, and Resilience, Kantstraße 23, 10623 Berlin · cdgr.org · info@cdgr.org